



# Die Einweihung des Molkfedentmals in Halle.



London wird in Finanzkreisen darauf zurückgeführt, daß die englischen und amerikanischen Großbanken befürchten, daß eine neue französische Regierung, in der Sozialisten vertreten sein könnten, oder die bei der Durchführung ihrer Maßnahmen von den Stimmen der Sozialisten abhängen könnte, nicht mit der nötigen Energie die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen könnte, die dazu notwendig seien, das französische Budget in Ordnung zu bringen. Der Handelsratgeber der „Times“ warnt in einem kurzen Artikel zu den französischen Wahlen die englische öffentliche Meinung vor derartigen Schlussfolgerungen, da nach keiner Auffassung sich alle französischen Parteien darüber klar sind, daß nur durch umfassende finanzpolitische Maßnahmen der Frankens bauernd ein steigendes Niveau behaupten kann. Nach seinem Auffassung geht in Frankreich der Streit nicht darum, ob man überhaupt zu diesem Zweck Steuern aufbringen soll, sondern darum, welche Wähler diese Steuern zu tragen hätten.

## Pariser Stimmen zur Wahl.

Paris, 13. Mai. (Radiotelegraf. der „S. A.“) Savas veröffentlicht einen offiziellen Kommentar zum Ergebnis der Wahlen, in dem es heißt: Die französischen Wahlen hätten eine ausgeprochen demokratische Strömung ergeben. Im Gegensatz zu den Vorgängen in Deutschland, wo das reaktionäre Element als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen sei, hätten in Frankreich die Konfessionen und die Gemäßigten Republikaner 50 Proz. ihrer Mandate verloren.

Der „Zempe“ bespricht mit aufsehender Bitterkeit den Ausgang der Wahl, aus dem man ersehe, wie überaus und unerwartet der Sieg der Wähler für die bisherigen Regierungskreise gekommen sei. Das Blatt schreibt, daß die neue Regierung eine Umformung sein und vor ungeheurer Schwierigkeiten stehen werde, vor allem in der Außenpolitik, in der sie entweder die Politik des Herrn Poincaré fortsetzen oder ändern werde. Dem Bestimmung des „Zempe“ gegenüber, der seine Rolle als Regierungskreis ausgespielt hat, steht eine weniger unfeindliche Stimmung im „Journal des Debats“. Das Blatt glaubt, daß angesichts der großen Schwierigkeiten einer neuen Wiederherstellung die bisherigen Elemente sich zusammenfinden und die Politik Poincarés weiter verfolgen werden.

„Echo de Paris“: Die Niederlage der Rechten sei eine harter Lehre. Man habe das allgemeine Stimmrecht benutzt, um sich ungetreu und unheimlich gegen die Rechten zu zeigen, die vielleicht ihr gutes Teil Opfer gebracht habe, aber doch zum Wohle des Vaterlandes gearbeitet habe.

Der „Figaro“ veranschaulicht eine Unterredung mit Poincaré, einem der Führer des Linksblocks, der die nächste Politik Frankreichs. Er sagt, es komme darauf an, die Fortschritte der Schwerverindustrie weniger dem Wohlstand als dem Weltmarkt zu erklären. Man müsse eine neue Welle der sozialen Zusammenarbeit der Wähler vorbereiten, damit die moralischen Folgen des Krieges aufgehoben werden. Es fehle in Zukunft für Europa und die Welt nur den Frieden geben, wenn der Beizwilligkeit des französischen Volkes jenseits des Rheins ein guter Wille entgegen und konsequenter Erfüllung entgegenstehe. Poincaré erklärt weiter, man dürfe die deutschen Nationalisten nicht mit den Ultranationalisten verwechseln. Die nächste Partei werde auch für die deutsche Politik nicht anfechtbar sein, da sie sich aus einer Widerständigkeit zusammensetze. Auf die

Frage, was Poincaré von den Kundgebungen in Halle halte, antwortete er: „Das Echo solcher Kundgebungen liegt unangehen in den Ohren derjenigen, die von einem Willen beiseit, vor der Erregung kriegerischer Lebensweisen zurückzuführen. Es handelt sich hier um das beanspruchende System eines Selbstschutzes, der sorgfältig überdacht werden muß. Wir müssen uns aber vor der Verallgemeinerung hüten.“ Selbstverständlich werden wir uns nicht die ersten Schwierigkeiten, mit denen die Ausführungen des Schwerverindustrie-programms für unsere Sicherheit verknüpft sind, aber keine dieser Schwierigkeiten ist unlösbar, wenn sie mit der festen Willigkeit, eine gerechte Lösung zu ermöglichen, in Angriff genommen wird.

## Schwere Kämpfe an der syrischen Grenze.

Konstantinopel, 13. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Meschina sind an der syrischen Grenze neue schwere Kämpfe ausgebrochen. Das letzte Gefecht fand bei Manni Kary statt, wo 120 Franzosen getötet und verwundet wurden.

## Wahlniederlage der japanischen Regierung.

London, 13. Mai. Die aus Tokio gemeldeten Wahlergebnisse zeigen, daß die Oppositionspartei sich von 464 Sitzen bis gestern abend um 7 Uhr 212 getrennt hatte. Die Opposition hat mit der Wahlsparole: „Nieder mit der privilegierten Klassenregierung“ gesiegt.

Das Wahlergebnis ist in zweifacher Hinsicht bedeutsam: außenpolitisch als eine Niederlage der französischen, englischen und englisch-amerikanischen bisherigen Regierungspolitik. Innenpolitisch als ein Fortschritt der Modernisierung Japans in der Richtung der europäischen Entwicklung: Beseitigung des Kastensystems (das bekanntlich in ganz Asien von Arzeten her sehr stark und viel stärker als bei uns ausgeprägt ist) und innerpolitisches Selbstbestimmungsrecht des Volkes, demokratisches Prinzip. Man sieht, wie der große Gährungsprozess, der auf die Zunahme der Volksschicht und die Verbesserung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens zurückzuführen ist, die ganze Welt erfasst und vor keiner noch so ausgeprägten Kastensystem und Lebenserziehung halt macht: eine ernste Mahnung an alle, die den Weg des Heils anderer Völker in der Rückkehr zu früheren Formen sehen, statt entschlossen nach neuen Formen zu suchen. „Das Alte kühlt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ Das ist ewiges Gesetz, und den Weltlauf der Völker gemindert, der zuerst die Formen der neuen Zeit annimmt.

## Wer zahlt die Kosten?

Von Dr. Cremer, Mitglied des Reichstages.

Wenn Deutschland das Gutachten der internationalen Sachverständigen als Grundlage der Verhandlungen über die Reparationsfrage akzeptiert, so eröffnet es sich dadurch den einzigen heute sichtbaren Weg, durch Arbeit und Opfer seine Freiheit wiederzugewinnen. Das zugleich mit der Regelung der Reparationsfrage auch der vertragsmäßige Zustand an Rhein und Ruhr wiederherzustellen ist, haben die Regierungen Dr. Stresemann und Marx bei jeder sich bietenden Gelegenheit dem Inland und Ausland in ungezweifelnder Form erklärt. Alle Deutschen sind über diese Forderung einverstanden. Nur verlogene Parteigänger hätten es als besonders verächtlich für sich in Anspruch nehmen.

Wer den Weg über das Gutachten nicht belegen will, ist sich selbst und dem deutschen Volke Schadenhaft darüber schuldig, wofür anderen Reg. er vorzüglich, und mit wichtigen Mitteln er ihn erfolgreich zu bestritten gedenkt. Auf das Gutachten als solches gibt es nur eine Antwort mit „Ja“ oder „Nein“. So steht es im Gutachten selbst, so ergibt es der Zusammenhang seiner Einzelheiten, so erklärt es die Gesamtheit der erteilten französischen Auslandsstimmen. Aenderungsversuche von deutscher Seite sind über die Art der Ausführung möglich. Die gegenwärtige Reichsregierung hat sie sich vorbehalten und ist mit der Ausarbeitung beschäftigt.

Es besteht zwischen ernsthaften Leuten in Deutschland kein Streit darüber, daß wir alles tun müssen, um die Ausführung des Gutachtens so erträglich wie möglich für uns zu gestalten. Es handelt sich um die Kunst des Erreichbaren. Nicht darum aber ist es der Opposition von gestern, welche die Regierung von morgen sein möchte, gegangen. Sie lehnt das Gutachten im Grundsatz ab. Was nach einer Ablehnung durch Deutschland kommen soll, darauf besteht die Opposition die Antwort schuldig. Der Hinweis auf einen neuen Vorschlag oder auf die Weltkonvention ist für die Gegenwart eine leere Geste.

Ablehnung des Gutachtens bedeutet für die Gegenwart mindestens, daß es bei dem augenblicklichen tatsächlichen Zustande verbleibt, von immerhin möglichen Anpassungsmaßnahmen aller oder einiger Gegner zu schweigen. Verbleibt es bei dem heutigen Zustande, so auch bei der Last der Ricumverträge oder ihres Inangriffnehmens, die ein Opfer von jährlich mehr als einer Milliarde Goldmark bedeuten, in dem die Industrie des besetzten Gebietes für diesen Betrag ohne Entgelt ihre Produkte an Frankreich und Belgien liefern muß. Die Industrie ist außerstande, diese Leistungen weiter zu finanzieren. Ihre Kredite im In- und Ausland sind erschöpft. Aber das Gutachten abzuwehren, wird die Mittel schaffen müssen, wenn er nicht die Industrie des besetzten Gebietes mit Millionen Arbeitnehmern zum Erliegen bringen, neues namenloses Elend an Rhein und Ruhr erzeugen und dem Separatismus in die Hände arbeiten will.

Wer zahlt die erste Milliarde Goldmark? Verbleibt es bei dem heutigen

Zustande, so verliert der mit größter Sparlichkeit aufgestellte Haushalt des Reiches für 1924 sein Gleichgewicht. Er balanciert nur unter der Voraussetzung der Wiederherstellung des Zustandes vor dem Ruhrkampf. Der bei Ablehnung des Gutachtens entstehende Schicksalstrag beträgt mehr als eine Milliarde Goldmark jährlich.

Wer zahlt die zweite Milliarde Goldmark? Kredite zur Deckung dieser gewaltigen Summen wird das Ausland dem Deutschen Reich gewiss nicht zur Verfügung stellen. Er scheint eine Inlanddarlehnsmöglichkeit. Die Anpassung des deutschen Geldmarktes gibt darauf die unzweifelnde Antwort: Nein! Da bleibt nur die Wahl zwischen einer Finanzierung des neuen Ruhrkampfes mit Hilfe der Rentenpresse, gleichbedeutend mit Währungszerfall, Inflation, Zusammenbruch oder der schmerzlichen Aufbringung weiterer Goldreserven zum Jahresertrag von mehr als zwei Milliarden Goldmark.

Sind die Berufsgruppen und Parteien, die das internationale Gutachten ablehnen wollen, bereit, diese neue Steuerlast auf sich zu nehmen? Denn heraus mit der Sprache! Dann keine Klagen mehr wegen produktionszerstörender Steuerlasten und lebensgefährlicher Krisen, sondern als erste Vorlage die Regierung von morgen ein Steuerbudget über 3 Milliarden in der industriellen Welt! Wer es unternimmt, diese selbstverursachte Forderung aus der Empfehlung zu ziehen, das internationale Gutachten abzulehnen, der pendelt verantwortungslos und proponiert ein halbes Dutzend Jahre einen neuen Krieg. Bis heute hilft sich die Regierung freundschaftliche Partei Deutschlands in ein bescheidenes Stillschweigen darüber, wie sie sich die Deckung der Kosten ihrer außenpolitischen Pläne denkt. Steuerzahler, merkt auf!

## In drei Zeilen.

Der Chef der bayerischen Landespolizei, Oberst von Besser, ist von der bayerischen Regierung seines Amtes enthoben worden.

In einer Sitzung des Reichsanstaltsausschusses wurde beschlossen, daß auf der Reichsliste des Bundes die ersten beiden Rankschritte gestrichelt werden sind, so daß unter Dr. Borchers auch Reichsrat von Kessner in den Reichstag einzutreten wird.

Der Kaiser ernannte die deutsche Besatzungsmacht die Wahrung von dem brennendsten Ausbruch der wirtschaftsrechtlichen Streitigkeiten.

Deutsche und russische Vertreter haben in Verhandlungen über den deutsch-russischen Wirtschaftsvertrag ein Einverständnis erzielt.

Der neue Reichstag wird am Dienstag, den 27. Mai, um 11 Uhr, zu seiner ersten Sitzung zusammenkommen.

Aus dem Wahlkreis Weiden-Süd. Das Generalsekretariat der Deutschen Volkspartei teilt mit: Herr Fabrianz Semmel in Weiden hat als ausenländischer geschäftsführender Vorstandsmitglied der Volkspartei angegeben, daß Herr Generaldirektor Dr. Böger erklärt habe, er habe ein ihm von der Deutschen Nationalen Volkspartei angebotenes Mandat abgelehnt, es unterliehe und wolle die Liste Winckelmanns für den D. V. B.